

/// Einführung

# BRAUCHEN WIR DIE VORRATSDATENSPEICHERUNG?

**GERHARD HIRSCHER** /// Brauchen wir die Vorratsdatenspeicherung? Dies ist eine der seit Jahren umstrittensten Fragen im Bereich der Inneren Sicherheit. Immer wieder wird in Deutschland diskutiert, wie weit die Strafverfolgungsbehörden auf Verbindungsdaten der elektronischen Kommunikation zurückgreifen sollten.

Aus der Exekutive und vor allem der Polizei wird immer wieder die Forderung laut, die Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen zu einer möglichst weit gehenden Speicherung ihrer Daten zu verpflichten, um – im Idealfall über längere Zeiträume – Verbrechen besser aufklären zu können.

So plädiert auch der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann, in seinem Beitrag dafür, diese Thematik wieder aufzugreifen und

etwa die Speicherdauer für Verbindungsdaten für alle Diensteanbieter einheitlich zu regeln.

Rudolf Streinz erläutert, wie schwierig dies angesichts der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts einerseits und des Europäischen Gerichtshofs andererseits sein wird. Zwar stimmen beide Gerichte in ihren Bewertungen weitgehend überein, aber ob eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung dem Urteil beider Gerichte stand hält, dürfte zum jetzigen Zeitpunkt immerhin für den EuGH fraglich sein.

Gerald Spyra weist auf die Problematik hin, dass die Bürger längst eine Menge Daten in eine Art private Vorratsdatenspeicherung abgeben. Diese erfolgt freiwillig und wird nicht vom Staat, sondern von Unternehmen erhoben, ist aber in ihren Konsequenzen für die Freiheit möglicherweise weitaus kritischer zu beurteilen.

**Die zunehmenden sicherheitspolitischen Herausforderungen lassen die Diskussion um das Thema VORRATSDATENSPEICHERUNG wieder sehr aktuell werden.**



Wie weit darf und soll der Bürger unter staatlicher Beobachtung stehen? Darf Sicherheit vor Freiheit kommen?



/// DR. GERHARD HIRSCHER

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

In diesen Tagen steht dieses Thema nicht an oberster Stelle der politischen Agenda. Aber es steht zu vermuten, dass auch diese Debatte angesichts der wachsenden sicherheitspolitischen Herausforderungen bald wieder aufflammen wird. Dabei ist ein hohes Maß an rationaler Information wichtig – die Bürger müssen bei dieser Diskussion mitgenommen werden. ///